

Notizen

Gegen eine Streichung des Bezugs auf Gott in der Präambel des Grundgesetzes sprachen sich bei einer im Januar durchgeführten Allensbacher Repräsentativumfrage 57 Prozent der West-, aber nur 22 Prozent der Ostdeutschen aus. Für die Streichung votierten in den alten Bundesländern 20 Prozent der Befragten, in den neuen waren es 48 Prozent. Der Prozentsatz der Befürworter einer Streichung des Gottesbezugs im Grundgesetz war in West wie Ost bei CDU/CSU-Anhängern am geringsten (11 bzw. 22 Prozent). Für die Streichung sprachen sich bei den SPD-Anhängern im Westen 24 und im Osten 55 Prozent aus, bei denen von Bündnis 90/Die Grünen im Westen 31 und im Osten 57 Prozent.

Eine „Akademie für das Leben“ hat Johannes Paul II. am 1. März ins Leben gerufen. Gemäß dem „Motu proprio“ zur Errichtung der im Vatikan ansässigen Akademie hat diese die Aufgabe, „die Hauptprobleme der Biomedizin und des Rechtes hinsichtlich der Förderung und des Schutzes des Lebens zu studieren, darüber zu informieren und für entsprechende Schulung zu sorgen“ (Osservatore Romano, 2. 3. 94). Dabei solle es vor allem um die Beziehung dieser Probleme zur christlichen Lehre und den Weisungen des Lehramtes der Kirche gehen. Nach den Statuten ist die Akademie autonom, sie steht aber in Verbindung mit dem Päpstlichen Rat für die Pastoral im Krankendienst. Zum Präsidenten der Akademie wurde der französische Mediziner Jerôme Lejeune ernannt.

Zum neuen Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wurde am 3. März Kirchenrat Eberhardt Renz (58) gewählt. Renz, der die Nachfolge von Landesbischof Theo Sorg antritt, erhielt 93 von 111 abgegebenen Stimmen. Im November letzten Jahres hatte man die Wahl eines neuen württembergischen Landesbischofs nach sechzehn vergeblichen Wahlgängen abgebrochen. Die drei Fraktionen der Synode blockierten sich gegenseitig, so daß keiner der Kandidaten die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen konnte. Daraufhin bat der Nominierungsausschuß Eberhardt Renz um die Kandidatur. Der neue württembergische Landesbischof war zuletzt Referent für Mission und Ökumene im Oberkirchenrat, zuvor war er u.a. in Indien und Kamerun tätig.

In einer Anfang März veröffentlichten Erklärung zur europäischen Einigung unterstreicht der Rat der EKD die Notwendigkeit, den Integrationsprozeß in der Europäischen Union fortzusetzen. Auch zu einer allmählichen Erweiterung der europäischen Union gebe es keine vernünftige Alternative. Es müsse für die EU jedoch eine Form gefunden werden, die nach dem Prinzip der Subsidiarität der religiösen, kulturellen, nationalen und regionalen Vielfalt gerecht werde. Konkret mahnt die EKD, die Teilnahme der Bürger an den Entscheidungsprozessen in der Gemeinschaft zu erhöhen und die Befugnisse des europäischen Parlamentes zu erweitern. Gemäß ihrer besonderen, geschichtlich bedingten Verantwortung für Europa, müßten auch die christlichen Kirchen ihre Zusammenarbeit verstärken.

Die Kirche erstrebe keine Privilegien, Dwohl aber den notwendigen Spielraum, um in angemessener Weise für die Evangelisierung und das menschliche Wohlergehen zum Segen der gesamten Gesellschaft wirken zu können: So Johannes Paul II. in seiner Ansprache beim Besuch des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel am 7. März. Der Papst sprach auch die in der Tschechischen Republik politisch noch immer strittige Frage der Rückgabe früheren kirchlichen Besitzes an: Es könne keine „totale Gerechtigkeit“, verstanden als völlige Wiederherstellung des Zustandes vor der Enteignung der Kirche durch das kommunistische Regime geben; wünschenswert sei eine ausgewogene Lösung des Problems.

Die westeuropäische Theologie habe bezüglich der Herausforderungen in Osteuropa noch ein erhebliches Defizit abzarbeiten, erklärte der Präsident der Europäischen Gesellschaft für Theologie, der Tübinger Dogmatiker Peter Hünermann, in einem Interview mit KNA. Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Situation der Länder Mittel- und Osteuropas solle sich die Theologie vor allem auf eine Aufarbeitung der Freiheitsproblematik konzentrieren. Es müsse deutlich werden, wie wesentlich Freiheit zum christlichen Menschenbild gehöre. Nur so könne das moderne Freiheitsniveau im Osten auf Dauer stabilisiert werden.

Abbitte für das beim ungarischen Volksaufstand 1956 durch sowjetische Truppen angetane Leid hat Aleksij II., Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, geleistet. In einer Rede vor dem Parlament im Rahmen seines offiziellen Besuchs in Ungarn Anfang März erklärte der Patriarch: Die ungarische Tragödie werfe einen Schatten auf das russische Volk, auch wenn die damaligen Führer des Landes die Missetaten verursacht hätten. Er bitte das ungarische Volk wegen der von ihm erlittenen Opfer und Verluste um Vergebung.

Nach Angaben des Menschenrechtsbüros der katholischen Kirche hat die Zahl der Menschenrechtsverletzungen im mittelamerikanischen Guatemala 1993 um 54 Prozent zugenommen. Insgesamt registrierte das kirchliche Büro 1322 Menschenrechtsverletzungen. Im einzelnen handelte es sich um 248 außergerichtliche Hinrichtungen, 427 Morde, 225 Angriffe auf Leib und Leben, 359 Todesdrohungen und 45 gewaltsame Entführungen. Neben Todeschwadronen sei die gesamte Machtstruktur des Landes für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, die in der Regel nicht strafrechtlich verfolgt würden.

Ihre Besorgnis über die drohende Ab-schiebung von Flüchtlingen in Bürgerkriegsländer und Krisenregionen haben die beiden großen Kirchen in Deutschland zum Ausdruck gebracht. In einer vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, und dem EKD-Ratsvorsitzenden Klaus Engelhardt unterzeichneten Erklärung appellieren die Kirchen an Bund und Länder, von der Möglichkeit der generellen Aussetzung der Abschiebung für bestimmte Herkunftsländer Gebrauch zu machen. Besonders gefährdet seien Albaner aus dem Kosovo, Christen aus der Türkei, armenische Christen sowie Flüchtlinge aus Angola und dem Sudan. Eine sorgfältige Prüfung der Einzelfälle wird angemahnt. Bürgerinnen und Bürger seien in zunehmendem Maße in ihrem Gewissen schwer belastet, wenn sie von bevorstehenden Abschiebungen von Menschen erfahren, von deren Bedrohung an Leib und Leben in ihren Herkunftsländern sie überzeugt seien.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage beigefügt.